

Keine VerDAMMung für die Narmada

Am 16. September blockierten ca. 20 AktivistInnen von ARA (Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz), ASW (Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt), FIAN (Food First International Information and Action Network), Infoe (Institut für Ökologie und aktionsbezogene Ethnologie), Regenwälderkampagne 92, ROBIN WOOD und Urgewald e.V. das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Sie hatten sich vor dem Haupteingang des BMZ angekettet, um gegen die finanzielle Unterstützung des umstrittenen Narmada-Staudamm-Projektes in Indien zu protestieren.

Die AktivistInnen hielten ein 15 Meter langes Transparent, auf dem ein Staudamm und ein überflutetes Tal zu sehen sind. Daneben sind zwei Sprüche zu lesen: "Weltbank finanziert, Natur und Mensch krepirt" und "Keine VerDAMMung von 250.000 Menschen und 37.000 ha Ackerland und Urwald". In einer "Bekanntmachung" wird den MitarbeiterInnen des BMZ mitgeteilt, daß sie das Gebäude binnen zwei Stunden zu räumen haben, da es einem Staudamm-Projekt weichen müsse (siehe Kasten). Was in Bonn nur simuliert wird, ist im

Dorf Manibeli an der Narmada bittere Realität. Der Stausee soll das kleine Dorf mitsamt dem alten Tempel und der Schule überfluten. Die BewohnerInnen wollen ihre Heimat aber weder verlassen noch zulassen, daß sie zerstört wird. Lieber wollen sie mit ihr untergehen. Manibeli ist zum Zentrum des mittlerweile viele Tausend Betroffene und UmweltschützerInnen umfassenden Widerstandes in Indien geworden, zusammengefaßt in der "Bewegung zur Rettung der Narmada".

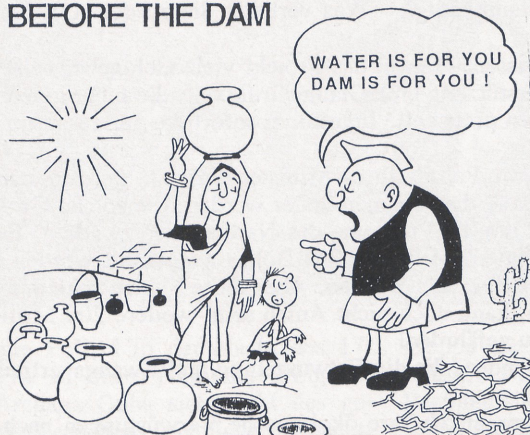
Zu vernichtenden Urteilen über die geplanten Umsiedlungsmaßnahmen und die Umweltauswirkungen des Projektes gelangte auch die von der Weltbank in Auftrag gegebene unabhängige Untersuchung unter Leitung des ehemaligen Direktors des UN Entwicklungsprogramms Brad Morse: Die Zwangsumsiedlungen verletzen allgemein anerkannte Menschenrechte, Pläne seien unvollständig und in keiner Weise zufriedenstellend, fruchtbares Ackerland und Primärwald würden unwiederbringlich zerstört, Versumpfung und Versalzung seien zu erwarten (siehe 'Südasiens', 6/92).

Die Unentschlossenheit der Weltbank wie auch des zuständigen deutschen Mi-

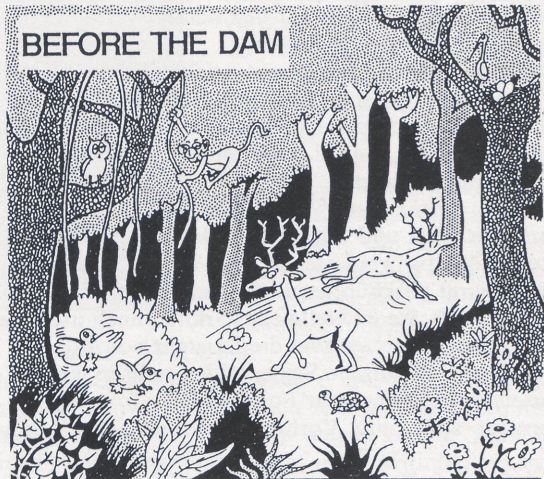
nisters Spranger beim Umgang mit den Ergebnissen der Studie und der offensichtliche Versuch, durch Vertagen Gras über die Sache wachsen zu lassen, lösten eine weltweite Welle der Empörung unter Menschenrechtlern und Umweltschützern aus. In der Bundesrepublik protestieren mittlerweile sowohl die großen Umweltschutzgruppen, wie BUND, WWF und Greenpeace, als auch die entwicklungspolitischen Hilfswerke, darunter Brot für die Welt und Misereor, bei Minister Spranger gegen eine weitere Unterstützung des Projektes.

Die an der Aktion beteiligten Gruppen fordern einen Gesprächstermin mit Minister Spranger, der ihnen seit Monaten verweigert wird. Herr Spranger solle dem Eiertanz seines Ministeriums ein Ende machen und sich nachdrücklich dafür einsetzen, daß sich die Weltbank aus der Unterstützung der Narmada-Projekte zurückzieht. Für die Zukunft soll für alle Menschen, die von Weltbank-Projekten betroffen sind, das Recht auf eine umfassende unabhängige Untersuchung institutionell verankert werden. Schließlich sei BMZ nicht die Abkürzung für Bundesministerium für Zerstörung.

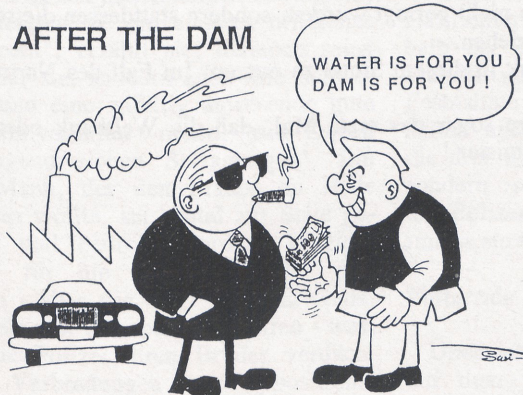
BEFORE THE DAM



BEFORE THE DAM



AFTER THE DAM



AFTER THE DAM

